



DR. FRANZ LÖSCHNAK  
BUNDESMINISTER FÜR INNERES

II-13930 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Zl.: 4400/164-II/12/94

An den  
Präsidenten des Nationalrates  
Dr. Heinz FISCHER

Parlament  
1017 Wien

6341/AB

1994-06-08

zu 6429/J

Wien, am 1. Juni 1994

Die Abgeordneten zum Nationalrat SRB, Freundinnen und Freunde haben am 14.4.1994 unter der Nr. 6429/J an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend "Gewalt gegen behinderte Menschen aus rechtsextremistischen Kreisen" gerichtet, die folgenden Wortlaut hat:

- "1. Sind Ihnen Fälle von Gewaltanwendungen gegen behinderte Menschen bekannt? Wenn ja: Wann, wo und welcher Art waren diese Vorkommnisse?
2. Waren an diesen Vorkommnissen rechtsextremistische Kreise beteiligt?
3. Werden Fälle von Gewalt gegen behinderte Menschen von Ihnen registriert? Wenn nein: Sind Sie bereit, solche Vorkommnisse registrieren zu lassen und zu veröffentlichen?"

Diese Fragen beantworte ich wie folgt:

Zu Frage 1:

Da Gewaltdelikte gegen behinderte Menschen von der Tötung eines behinderten Kleinkindes durch die Kindesmutter bis hin zur Tötung der schwerkranken Gattin mit anschließendem Selbstmord des Ehepartners reichen, ist eine Auflistung aller dieser Delikte im Rahmen dieser Antwort nicht möglich.

- 2 -

Zu Frage 2:

Den Sicherheitsbehörden in Österreich sind keine Fälle von Gewaltanwendungen gegen behinderte Menschen durch rechtsextremistische Kreise bekannt.

Im Zusammenhang mit einem Vorfall am 20.3.1994 in Graz, bei dem 3 Obdachlose durch Personen, die sich selbst als Hooligans bezeichneten, attackiert wurden und ein schwer gehbehindertes Opfer eine Rißquetschwunde am Kopf erlitt, ist die tatsächliche Zuordnung der Täter zum rechtsextremistischen Lager derzeit nicht möglich, da diese bisher nicht ausgeforscht werden konnten.

Zu Frage 3:

Wie bereits in der Beantwortung zur ersten Frage erwähnt, geschehen Gewaltanwendungen gegen behinderte Menschen in allen Lebensbereichen. Darüberhinaus ist allgemein bekannt, daß es oft äußerst schwierig ist, den Grad einer Behinderung für bestimmte Bereiche festzustellen. Die Sehschwäche eines Menschen mag allgemein als leichte Beeinträchtigung der Lebensqualität betrachtet werden; für die Ausübung bestimmter Berufe stellt dies bereits eine schwere Behinderung dar.

Allfällig in Österreich auftretende Gewaltanwendungen gegen behinderte Menschen durch politisch-extreme Kreise werden nicht nur registriert und veröffentlicht; es wird die Exekutive mit den ihr zur Verfügung stehenden Mittel darüber hinaus alles unternehmen, um derartige verabscheuungswürdige Angriffe abzuwehren bzw. aufzuklären.

F. A. T. J.